



Broemme meint

Nützt KI im Katastrophenschutz?

(BS) Die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes wird typischerweise gemessen am Durchschnittsalter und der Anzahl der Einsatzfahrzeuge, außerdem an der Anzahl der tatsächlich verfügbaren Einsatzkräfte. Dass digitale Methoden, insbesondere auch die KI, ein wichtiges Element des Katastrophenschutzes sind und dies noch mehr sein werden, ist dagegen nicht so geläufig. Dabei beteiligt sich der Katastrophenschutz bspw. bei der Sicherheitsforschung und ist manchmal sogar sehr innovationsfreudig. Doch wird die Innovation stark gebremst durch rechtliche Regularien, organisatorische Vorgaben sowie Kostendruck.

Wie kann KI helfen? Alleine wenn die immer stärkere Sensortechnik ungefiltert weitergemeldet würde, würden wir mit Daten überschüttet. Hier brauchen wir dringend die KI. Sie könnte helfen die Einsatzmittel zu optimieren, bei Einsätzen Fahrzeiten zu optimieren, Doppelwege und Leerfahrten im Rettungsdienst zu vermeiden. Da gibt es noch ein weites Feld, wenn wir nur bereit sind, die KI zuzulassen. Und die KI steuert sich nicht selbst, sondern wird von Menschenhand bedient. Da sollten wir keine Angst haben, sondern offen sein, KI auch im Katastrophenschutz als große Chance wahrzunehmen.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019)

KI hilft Helfern

(BS) Eine Hochwasserkatastrophe wie im Ahrtal 2021 kommt in der Regel ohne Vorwarnung und bedeutet für die eingesetzten Rettungskräfte eine aufwendige Suche nach zu rettenden Personen, gefährdeten und beschädigten Gebäuden oder Infrastrukturpunkten. Eine mühselige und zugleich zeitkritische Aufgabe, die bald durch Künstliche Intelligenz vereinfacht werden könnte.

Die Aufgaben von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) nehmen mit den sich häufenden Wetterextremen immer mehr zu. Hinzu kommen Großveranstaltungen wie die Fußball-Europameisterschaft oder andere Lagen wie Naturkatastrophen. Doch nicht nur die Aufgaben wachsen, auch die Technik entwickelt sich weiter, mit der Einsatzkräfte arbeiten können. Gerade im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) gibt es hier ein paar spannende Entwicklungen.

Blitzschnelle Auswertung im Einsatzgebiet

Eine dieser neuen Technologien ist das zuvor schon angedeutete Projekt des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR). Hier sollen Drohnenaufnahmen aus der Luft von einer Lage binnen Sekunden ausgewertet und an die entsprechenden Einsatzleitungen übermittelt werden. So können Luftaufnahmen von beispielsweise überschwemmten Wohngebieten schnell auf verschiedene Faktoren hin ausgewertet werden, was die Rettung von Personen deutlich beschleunigen kann. Es solle nach Personen gesucht werden können, aber auch nach Autos oder Gebäuden und nach dem Beschädigungsgrad eines Gebäudes, erklärt Dr. Monika Gähler, die Leiterin des Zentrums für satellitengestützte Krisenin-



Kratos erkennt die Einsatzkräfte über die Maschinenführerweste und folgt hier Vamsi Origanti (DFKI) durch das Gleisbett.

Foto:BS/Tom Becker, DFKI GmbH

formation beim DLR. Allerdings befände sich das Projekt noch in der Entwicklungsphase, so Dr. Gähler. Jedoch gibt dies einen Ausblick auf das, was in naher Zukunft schon möglich ist.

Autonome und teilautonome Systeme

Ein weiteres interessantes Beispiel für ein solches Projekt stammt aus den Robotics Innovation Centers (RCI) aus dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI). Hier erläutert Dr. Sirko Straube, stellvertretender Leiter des RCI, das Projekt ROBDEKON – Kompetenzzentrum „Robotersysteme für die Dekontamination in menschenfeindlichen Umgebungen“. Gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) sollen hier Systeme entwickelt

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

werden, die autonom oder teilautonom handeln können und in kontaminierter Umgebung an der Dekontamination arbeiten können, damit sich Menschen nicht mehr dieser Umgebung aussetzen müssen. Beispiele wären hier die Sanierung von Altlasten oder der Rückbau kerntechnischer Anlagen. Ein zusätzliches Projekt, an dem das DFKI arbeite, sei der Transportroboter Kratos, der gemeinsam mit dem Technischen Hilfswerk (THW) entwickelt werde.

Hierbei handele es sich ebenfalls um einen teilautonomen Roboter, der den Einsatzkräften schwere Lasten abnehme und ihnen dank Gestensteuerung durch schwieriges Gelände folgen könne.

Eine Lösung für alle?

Jedoch gibt es auch einige Hürden bei der Etablierung solcher Projekte. Denn häufig ist es ein Problem, die entwickelten Lösungen bei der tatsächlichen Nutzung kompatibel und einheitlich einzuführen, sodass es häufig zu Insellösungen kommt. Wie Simon Franke – Teamleiter für Forschungsprojekte beim Informations- und Technologie Center (ITC) des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. – erklärt, liege es zum Teil an den unterschiedlichen Markenanbietern bekannter Systeme, aber auch am Ausschreibungswesen der einzelnen Bundesländer. Jedoch gebe es zum Teil auch Projekte, bei denen von vornherein die Kompatibilität gefordert und gefördert werde, beispielsweise durch das

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Bei Projekten mit dem BMWK werde auf einen einheitlichen Datenstandard und eine projektübergreifende Vernetzungsmöglichkeit geachtet.

Auch Dr. Straube unterstreicht die Wichtigkeit einer Standardisierung: „Wir haben bis heute in der Robotik, bei den Robotik- und Automatisierungsfirmen immer noch das Problem, dass jede Firma ihr eigenes Interface hat, obwohl man weiß, dass allein bei der Automatisierung die Systeme eigentlich Hand in Hand arbeiten müssen.“ Das sei ein Riesenproblem, doch könnten das die Forschungseinrichtungen nicht allein durchsetzen, dafür brauche es einen gewissen Willen und auch Druck hinter der Forderung, so Dr. Straube.

Es braucht Mut

Grundsätzlich brauche es mehr Mut und Offenheit von den Entscheidern und Investoren, damit vor allem die Forschung auch in die richtigen Anwendungen transferiert werden könne, erklärt Franke. Selbst wenn die Technologie in fünf Jahren schon wieder überholt wäre. „Also da braucht man dann auch den Mut der Entscheider, auch vielleicht Technologien einzusetzen, die nicht 120 Prozent ausgereift sind.“ Denn nur so könne man sich auf dem Gebiet weiterentwickeln.

Mehr zu diesem Thema finden Sie auf [NeueStadt.org](https://www.neuestadt.org) bei dem [gleichnamigen Thema](#).

Behörden Spiegel NEWSLETTER & PODCASTS

In den aktuellen Ausgaben unserer weiteren Newsletter und Podcasts finden Sie u. a. folgende Themen:

NEWSLETTER

[Newsletter „Netzwerk Sicherheit“](#)

[2. September:](#)

- BKA: Geldautomatensprengungen gehen zurück

[Newsletter „Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik“](#)

[3. September:](#)

- Ein neuer Akt in der F-35 Posse
- USA investieren Milliarden in Javelin

[Newsletter „Digitaler Staat und Cyber Security“](#)

[4. September:](#)

- 267 Milliarden Euro Schaden durch Cyber-Angriffe

[E-JOURNAL FUTURE4PUBLIC:](#)

- Ist das Kultur oder kann das weg?

PODCASTS

[Podcast „Public Sector Insider“](#)

[3. September:](#)

- Präsenz im Indopazifik

[Podcast „Public Sector Insider Stichwort“](#)

[vom 8. August:](#)

- Chris Hutchins von Trellix über Anwendung



WEBINAR

EINFÜHRUNG IN DAS DROHNENRECHT UND DIE EGRED 2

RECHTSSICHERE NUTZUNG VON DROHNEN MIT KI-SYSTEMEN

26.09.2024 • 14:00 UHR

Rettungsdienst: Dauerdiskussion nicht hilfreich

(BS) Es ist das jüngste Referat der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb): Referat 15 „Rettungsdienst“. Der erste Vorsitzende ist Kevin Grigorian von der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH). Im Interview erklärt er, warum es nicht „den“ Rettungsdienst gibt, welche Gefahren durch den Zuständigkeitsstreit entstehen und ob der Telenotarzt die Lösung aller Probleme ist. Die Fragen stellte Bennet Biskup-Klawon.

Behörden Spiegel: Sie sind der erste Vorsitzende des neuen vfdb-Referats Rettungsdienst. Welche Aufgaben sehen Sie für das Referat?

Kevin Grigorian: Das Referat bietet die großartige Möglichkeit, organisationsübergreifend mit anderen Experten in den Austausch zu kommen. Gemeinsam mit den Fachleuten anderer Hilfsorganisationen, der Feuerwehren, privaten Dritten und der Wissenschaft können wir uns als neutrales Netzwerk an dem Diskurs über die Weiterentwicklung des Rettungsdienstes beteiligen. Die vfdb ist mit dem Technisch-Wissenschaftlichen Beirat und den anderen 14 Referaten auch wissenschaftlich sehr aktiv. Die Wissenschaft ist eine Perspektive, aus der der Rettungsdienst bisher wenig betrachtet wurde und die es in den kommenden Jahren zu stärken gilt. Jede Diskussion um die Fortentwicklung unseres Rettungsdienstsystems, bei dem stets die Notfallversorgung bzw. der Notfallpatient im Fokus stehen sollte, bedarf einer fundierten, wissenschaftlich begründbaren Grundlage.

Behörden Spiegel: Die vfdb gibt es nunmehr seit 70 Jahren. Aber erst jetzt wurde das Referat zum Rettungsdienst gegründet. Warum hat der Rettungsdienst so lange ein „Schattendasein“ gehabt?

Grigorian: Es ist nicht der erste Anlauf interessierter vfdb-Mitglieder, sich fokussiert mit dem Thema Rettungsdienst zu beschäftigen. Es gab vor einigen Jahren bereits einmal einen Versuch, ein Referat zu gründen. Beflügelt wurde die aktuelle Referatsgrün-



Kevin Grigorian ist hauptamtlich Leiter des Geschäftsbereichs Rettung und Medizinische Dienste in der Bundesgeschäftsstelle der JUH.

Foto: BS/privat

derung durch die inhaltliche breite Aufstellung der vfdb, die zwar Brandschutz in ihrem Namen trägt, sich aber mittlerweile als Expertennetzwerk für Schutz und Sicherheit versteht, sowie die gegenwärtige Diskussion um die Reform der Notfallversorgung. Die von dem Technisch-Wissenschaftlichen Beirat ins Leben gerufene Adhoc-Gruppe, die sich mit den Reformvorschlägen auseinandergesetzt hat, eine interdisziplinäre Stellungnahme entwickelt und mit ihrer Arbeit einen soliden Grundstein für die weitere Referatsarbeit gesetzt.

Behörden Spiegel: Wo liegen die größten Probleme im Rettungsdienst momentan?

Grigorian: Eine Herausforderung besteht bereits darin, dass wir über „den Rettungsdienst“ sprechen und in der Betrachtung viele verschiedene Perspektiven vermischen: die der Landkreise und kreisfreien Städte als Träger Rettungsdienst, die der Durchführenden, die der Patientinnen und Patienten und auch die der Kostenträger. Gemeinsames Ziel aller ist, die „echten“ Notfallpatienten schnellstmöglich zu versorgen. Dabei stehen die Träger mancherorts vor der Herausforderung, überhaupt noch Durchführende zu finden. Auf einzelne Ausschreibungen gingen in den vergangenen Monaten kein einziges Angebot ein. Die Durchführenden wägen in Anbetracht der knappen Personal- und Materialsituation zunehmend ab, wo sie überhaupt den Rettungsdienst sicher und leistungsfähig er-

bringen können. Es gibt einzelne Bereiche mit durchaus ausgeglichener Personaldecke, doch die Hilfsorganisationen und die im Rettungsdienst aktiven Feuerwehren verzeichnen vielerorts Personalengpässe. Auszubildende können nicht in dem Maße nachgezogen werden, wie sie im Rettungsdienst benötigt werden und werden nach ihrer Ausbildung dann auch von Bereichen, die selbst nicht ausbilden (z.B. Leitstellen, Luftrettung, Krankenhäuser, kleinere Feuerwehren, Werkfeuerwehren, etc.), abgeworben. In manchen Bundesländern wird die Ausbildung der Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter noch immer nicht vollumfänglich finanziert, sodass die Durchführenden die Ausbildung zum Teil selbst tragen müssen. Die Liste an Herausforderungen im Rettungsdienst ist lang.

Behörden Spiegel: Welche Lösungen sehen Sie, um den steigenden Einsatzzahlen beim Rettungsdienst Herr zu werden?

Grigorian: Auswertungen zeigen, dass die absolute Anzahl an Notfällen nicht signifikant zugenommen hat, die Anzahl an rettungsdienstlichen Einsätzen jedoch in den vergangenen Jahren stetig gestiegen ist. Die steigenden Einsatzzahlen lassen sich auf unterschiedlichste Ursachen zurückführen. Zum einen sind Lebenserwartung und Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Zum anderen hat sich die ambulante Versorgungslandschaft dahingehend verändert, dass klassische Ansprechbarkeiten, wie z. B. der eigene Hausarzt, weniger erreichbar und auch Hausbesuche seltener geworden sind. Dazu kommen gesellschaftliche Entwicklungen, wie z.B. dass Familienstrukturen dezentralisiert werden und Kinder berufsbedingt oder zur Gründung der eigenen Familie seltener im unmittelbaren Umfeld des eigenen Elternhauses wohnen. Eine weitere relevante Ursache ist die insgesamt abnehmende Gesundheitskompetenz.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

Die Antwort auf dieses Ursachenkonvolut besteht nicht in einer ausschließlichen Stärkung des Rettungsdienstes, denn dieser ist für die allgemeine ambulante Versorgung primäre gar nicht zuständig. Vielmehr bedarf es einer gesamtheitlichen Betrachtung, der Schaffung niederschwelliger Versorgungsmöglichkeiten, um den Versorgungsbedarf auch abzudecken, und einer stärkeren Verzahnung der Versorgungsbereiche. Die wenigsten Bürgerinnen und Bürger rufen den Rettungsdienst aus dem Grund, dass tatsächliche Lebensgefahr vorliegt. Vielen steht jedoch keine andere Form der Hilfe in geeigneter Zeit zur Verfügung oder sie kennen die bestehenden Strukturen nicht, sodass auf den Rettungsdienst als immer erreichbarer Ansprechpartner zurückgegriffen wird. Wir als Gesamtsystem müssen dafür Lösungen bieten.

Behörden Spiegel: In der aktuellen Debatte zur Reform der Notfallversorgung streiten sich Bund, Länder und Kommunen um die Zuständigkeiten. Wird der Rettungsdienst dabei zerrieben?

Grigorian: Der Rettungsdienst profitiert auf jedem Fall nicht von der seit Jahren andauernden Reformdiskussion. Dies zeigt sich daran, dass die Kostenträger in einzelnen Bundesländern in eine „Warteposition“ gehen, auf die Entwicklung des Bundes schauen und lokale Innovationen

sowie notwendige Investitionen ausgebremst werden. Die Gefahr der aktuellen Diskussion besteht vor allem darin, dass die Zuständigkeitsdiskussion, die im Wesentlichen auch eine Finanzierungsdiskussion beinhaltet, darin gipfelt, dass der Rettungsdienst vor einer ähnlichen Finanzierungslogik wie die Krankenhäuser stehen wird. Die duale Finanzierung der Krankenhäuser, nämlich die Aufteilung nach Investitions- und Betriebskosten oder nach Vorhalte- und Betriebskosten, wäre für die meisten Rettungsdienstbereiche extrem nachteilhaft und würde die mancherorts prekäre Situation erheblich verschlimmern. Auch ist die Diskussion von ganz unterschiedlichen Ausgangspunkten geprägt. Gegenden mit sehr fortschrittlich aufgestellten Rettungsdiensten fürchten bei der Diskussion um Vereinheitlichung das Abstellen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und eine Absenkung des lokalen Versorgungsniveaus. Andere Regionen sehen darin die Gefahr, dass lokale, nicht refinanzierbare Kosten entstünden. Letztlich wird die Diskussion auch von der Illusion geprägt, dass wir unabhängig der regionalen Aufstellung einen gleichermaßen hohen Versorgungsstandard mit vergleichbaren Kosten erreichen könnten.

Behörden Spiegel: Vielfach wird die Einführung eines Telenotarztes als ein Heilmittel gesehen. Was ist Ihre Einschätzung dazu?

Grigorian: Telenotarztstrukturen können

den systematischen Wandel ergänzen, sind selbst aber nur einer von vielen Bausteinen. In einem „Rettungsdienst von morgen“, in dem die Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter ihre Fähigkeiten vollumfänglich auf die Straße bringen können, werden wir weniger Notarzteinsätze haben und weniger physische Notärzte benötigen. Schon aus medizinischen Qualitätssicherungsaspekten werden wir hier Rücksprachemöglichkeiten – z.B. in Form von Telenotarztssystemen – benötigen. Für all jene Tätigkeiten, bei denen der Notarzt nicht physisch vor Ort sein muss, wie z.B. Aufklärungen, Konsultationen, Rücksprachen, Beratungen, wird auf den Telenotarzt zurückgegriffen werden können.

Gleichzeitig wird die Rolle des Notarztes als lebensrettender Intensivmediziner wichtiger und die Bedeutung der Luftrettung zunehmen. Hier zeigt sich der notwendige Strukturwandel: Der sinkende Bedarf an Präsenzeinsätzen wird dazu führen, dass höherqualifizierte Notärzte abseits der Metropolregionen größere Radien abdecken müssen und andere Fortbewegungsmittel, wie z.B. Hubschrauber, benötigen werden. Wir müssen Innovationen und Fortschritt systematisch denken.

Wenn, ohne das bestehende Gesamtsystem anzupassen, lediglich einzelne Bausteine eingeführt werden, werden wir perspektivisch mehr Ressourcen benötigen, ohne den tatsächlichen Mehrwert für die Patientinnen und Patienten, für die Mitarbeitenden und letztlich auch die Kostenträger zu erreichen.



WEBINAR

BESCHAFFUNG VON EINSATZFAHRZEUGEN FÜR DIE FEUERWEHR

VERGABEVERFAHREN, LEISTUNGSBESCHREIBUNG, ANGEBOTSPRÜFUNG UND -WERTUNG, ABNAHME

02.10.2024
16:30 UHR

Sicherheitsforschung „Made in Germany“ – nicht ohne Praxisbezug

(BS) Fragen zum Bevölkerungsschutz von morgen haben einen festen Platz in der deutschen Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Wie lässt sich die medizinische Versorgung in Hochwassergebieten verbessern? Wie lässt sich Radikalisierung in Sozialen Medien besser erkennen? Wie kann man mit Künstlicher Intelligenz (KI) Brückenschäden bewerten? Universitäten und Forschungsinstitute, aber auch Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) haben sich zur Aufgabe gemacht, solche Fragen zu beantworten. Das übergeordnete Ziel ihrer Arbeit - unsere Gesellschaft auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten und damit resilienter zu machen - hat dabei für die BOS eine besondere Bedeutung.

BOS wissen aus der Praxis, wo Innovation notwendig ist und wie neue Technologien unter echten Einsatzbedingungen funktionieren müssen. Wie funktioniert eine Drohne, die Medikamente liefert, unter extremen Wetterbedingungen? Ist die Sensorik, die die KI mit Daten zu Brückenschäden füttert, auch für verschiedenste Materialien verwendbar? Sind neue Prozesse wie z. B. Ausbildungsformate umsetzbar? Diese und andere Fragen bewerten die Organisationen vor dem Hintergrund ihrer funktionierenden Abläufe und prüfen, wie neue Erkenntnisse in die Anwendung überführt werden können.

Im größten Forschungsförderprogramm der Europäischen Kommission „Horizont Europa“ nehmen die BOS eine tragende Rolle als Anwenderinnen und Anwender der Forschungsergebnisse im Themenfeld zivile Sicherheitsforschung ein. So gilt für einen erfolgreichen Förderantrag immer häufiger die Voraussetzung, dass Forschungsergebnisse (i.d.R. Technologien und Prozesse) sich an ihren tatsächlichen Bedarfen orientieren sollen. Entwickelt ein Unternehmen beispielsweise neue Atemschutz-ausrüstung und möchte hierfür eine EU-Förderung beantragen, so ist es auf die Beurteilung von Einsatzkräften angewiesen, die solche Ausrüstung bei einem Brandeinsatz nutzen werden. Das „Forschungsnetzwerk deutscher Anwender“ (ForAn) hat es sich zur



Regine Gerhards ist im Referat Forschungsprojekte beim THW tätig.

Foto: BS/privat

Aufgabe gemacht, deutsche BOS mit Akteuren der europäischen Sicherheitsforschung zusammenzubringen. Sie sollen für eine Beteiligung an Forschungsprojekten als vollwertige Projektpartnerinnen und Projektpartner mit dem notwendigen Hintergrundwissen ausgestattet werden. Auch bei der Beantragung eigener Forschungsvorhaben unterstützt das Netzwerk aus rund 60 BOS. Federführend koordiniert wird es von der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).

Mit ForAn Hürden der Antragsstellung erfolgreich abbauen

Die Vision ist es, mehr Fördergelder aus dem EU-Forschungstopf für anwendungsbezogene Forschung einzuwerben. Mit einer Projektförderung kann Personal bezahlt und Technik beschafft werden. Auch Dienstreisen in Deutschland und im Ausland sind dank der Förderung möglich. Auf diese Weise werden Bedarfserhebung, Testung und Evaluierung von Innovation unter realen Bedingungen umgesetzt. Das erhöht die Praxisrelevanz der zivilen Sicherheitsforschung „Made in Germany“.

Das komplizierte Regelwerk von Horizont Europa kann sich zu Beginn wie ein Hürdenlauf anfühlen. Viele Organisationen mit guten Ideen stehen zunächst vor vielen Fra-

gen: „Wie sind die komplexen Ausschreibungen zu interpretieren und wie ist so ein Forschungsantrag aufgebaut?“ oder: „Ich hab da eine Idee, wie kann daraus ein internationaler Forschungsverbund mit fachlich passenden Organisationen wachsen?“ sind nur zwei Beispiele. Die von ForAn veranstalteten „Antragswerkstätten“ beschäftigen sich speziell mit diesen Herausforderungen und unterstützen beim Entwickeln und Ausformulieren von Forschungsideen.

Eine weitere Austauschmöglichkeit ist die Webinar-Serie „Lunch and Learn“. Sie gibt den Mitgliedern Einblicke in die Forschungs- und Entwicklungsarbeit anderer ForAn-Organisationen. Damit erweitern sie ihr persönliches und berufliches Netzwerk für zukünftige gemeinsame Projekte.

Wege zur ForAn-Mitgliedschaft

Zu den Mitgliedern von ForAn zählen einerseits Einrichtungen der polizeilichen Gefahrenabwehr, wie das Bundeskriminalamt und verschiedene Landeskriminalämter, und andererseits der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, darunter Berufsfeuerwehren und Rettungsorganisationen. Auch Betreiber Kritischer Infrastruktur wie Wasserversorger und ausgewählte wissenschaftliche Institute gehören dazu.

Das dreiköpfige Koordinationsteam stellt ForAn regelmäßig bei Informations- und Vernetzungsveranstaltungen der Europäischen Kommission vor. Alexander Rösner, Regine Gerhards und Kerstin Grözingen verstehen sich dabei als Sprachrohr, das für die stärkere Einbindung von deutschen Anwenderinnen und Anwendern in Forschungsprojekte wirbt.

Die Aktivitäten von ForAn wären ohne die hundertprozentige Förderung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Förderkennzeichen 13N15766) nicht möglich. Für die Netzwerkmitglieder ist die Teilnahme dank der Förderung kostenlos.

Für mehr Informationen zu den Aktivitäten von ForAn und bei Interesse an einer Mitgliedschaft, besuchen Sie www.projekt-foran.de oder kontaktieren das Projektteam direkt über projekt.foran@thw.de.

22 Monate e-RTW auf Helgoland

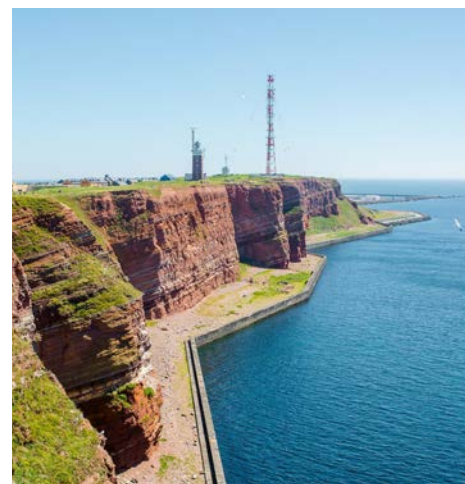
(BS) Seit nunmehr 22 Monaten läuft das Leuchtturmprojekt für einen E-Rettungswagen (e-RTW) auf der Insel Helgoland. In dieser Zeit hat das Projekt bewiesen, dass e-RTW möglich sind. Seit vergangener Herbst ist auch in Köln ein e-RTW im Einsatz. „Der Einsatz des e-RTW auf Helgoland verbindet die Ziele des Klimaschutzes mit unserem Anspruch an optimale Patientenversorgung in der Notfallrettung und im Krankentransport. Als die Idee an unser Ministerium herangetragen wurde, war schnell klar, dass wir dieses innovative Projekt bestmöglich unterstützen wollen“, so der Energie-Staatssekretär von Schleswig-Holstein, Joschka Knuth. Die große Herausforderung bei der Umsetzung des Projektes war die Entwicklung eines Batteriesystems, das alle Anforderungen an den alltäglichen Fahrbetrieb erfüllt und gleichzeitig dem Patientenraum gerecht wird.

Vor dem Einsatz des e-RTW gab es auf der Insel drei dieselbetriebene Fahrzeuge, die seit Ankunft des neuen Fahrzeuges ausschließlich als Ersatz genutzt werden. Nachteile gegenüber dem Vorgängermodell wurden nicht festgestellt, da aufgrund der kurzen Strecken regelmäßiges Laden möglich ist. Da der e-RTW trotz seiner Größe für sehr wenig Fahrgeräusche sorgt, hat sich auch der Einbau eines sogenannten Passantenwarners, der ein konstantes Rauschgeräusch während der Fahrt abgibt, ausgezahlt.

Sonderanforderungen gebraucht

Aufgrund seines Einsatzes auf einer autofreien Hochseeinsel muss das Fahrzeug aber weitere Anforderungen erfüllen. So stellt schon die autofreie Architektur die Fahrzeuge vor gewisse Herausforderungen. Zusätzlich muss das Gerät auch mit Spezial-

ausrüstung ausgestattet sein, damit auch in engen Schiffsräumen gearbeitet werden kann.



Auf der Insel Helgoland dürfen keine Autos fahren.

Foto: BS/Stefan Liening, pixabay.com

Neue Leitung für die BDBOS

(BS) Es ist so weit. Bund und Länder haben sich über die Nachfolge des Ende Juni 2024 ausgeschiedenen Präsidenten der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), Andreas Gegenfurtner, verständigt (wir berichteten).

Jens Koch, Leiter des Referats 706 im Bundeskanzleramt (BK), soll den Chefposten in der BDBOS übernehmen. Im BK ist der Volljurist derzeit für „Lageinformation; Auftragsprofil für den BND; ND-Lage; Terrorismus; Extremismus; Organisierte Kriminalität“ zuständig. Davor befasste sich Koch über lange Jahre im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) mit unterschiedlichen Sicherheitsthemen. Seit 2016 war er als Leiter der Arbeitsgruppe ÖSII 2 „Internationaler Terrorismus und Extremismus“ tätig. Er wurde der breiteren Öffentlichkeit bekannt,

als er in dieser Funktion im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des tödlichen Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt Breitscheidplatz u.a. im Bundestag aussagte. Erfahrungen mit weiteren Sicherheitsbehörden sammelte Koch u.a. mit der Fachaufsicht über die Bundespolizei und vor seiner Zeit im BMI im Management des Technischen Hilfswerks (THW).

Dem Vernehmen nach soll der erfahrene Beamte die Leitung der BDBOS zeitnah zu Anfang Oktober oder November übernehmen. Obwohl unter den Verantwortlichen Einvernehmen über die Personalie besteht, ist das Verfahren formal noch nicht abgeschlossen. U.a. müssen der Vorgang noch vom Kabinett bestätigt und die Ernennungsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet werden.

Die BDBOS mochte sich auf Anfrage zu dem „laufenden Verfahren“ nicht äußern.

LAUTSTARKE
UNTERSTÜTZUNG
AUF ERSTAUNLICHE
DISTANZ



MARTIN-HORN®
... das Original!

Deutsche Signal-Instrumenten-Fabrik, Max B. Martin GmbH & Co. KG,
Albert-Schweitzer-Straße 2, D-76661 Philippsburg
Tel.: +49 (0) 72 56 / 920-0, Fax: +49 (0) 72 56 / 83 16,
Mail: info@maxbmartin.de, www.maxbmartin.de

Neuer Leiter Forschung und Entwicklung beim DWD

(BS) Prof. Dr. Peter Braesicke hat die Leitung des Geschäftsbereichs Forschung und Entwicklung beim Deutschen Wetterdienst (DWD) übernommen. Gleichzeitig wurde er in den Vorstand des Dienstes berufen. Er folgt damit Prof. Dr. Sarah C. Jones nach, die im vergangenen Jahr DWD-Präsidentin geworden war.

Nach seiner Promotion war Braesicke 14 Jahren als Wissenschaftler an der Universität Cambridge (UK) und seit Gründung dem National Centre for Atmospheric Science (NCAS) wechselte Braesicke 2013 an das Institut für Meteorologie und Klimaforschung – Atmosphärische Spurengase und Fernerkundung (IMK-ASF) am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Als Professor



Prof. Dr. Peter Braesicke ist auch in den Vorstand des DWD berufen worden.

Foto: BS/Markus Breig, KIT

für Theoretische Atmosphärenphysik stand er hier zunächst der Abteilung Modellierung vor, ehe ihm 2020 die Institutsleitung übertragen wurde.

Seine Forschungsschwerpunkte waren stratosphärisches Ozon, nahtlose Modellierung und die Wechselwirkungen von Chemie und Klima.

„Wir freuen uns sehr, mit Prof. Dr. Peter Braesicke einen etablierten Forscher und anerkannten Wissenschaftler im Bereich der Atmosphärenforschung für den DWD gewonnen zu haben. Er wird den für den DWD wichtigen Geschäftsbereich Forschung und Entwicklung leiten und weiterentwickeln“, zeigte sich DWD-Präsidentin Prof. Dr. Jones überzeugt.

f4p: Zwischen Himmel und Erde

(BS) Viele Kinder wollen Feuerwehrmann oder Frau werden – Dustin Kieslich gehörte nicht dazu. Der Hauptbrandmeister erklärt, wie er den Beruf kennen und lieben gelernt hat, warum er sich nach der Ausbildung bei der Höhenrettung beworben hat und was ihn und seine Kameradinnen und Kameraden bei der Berufsfeuerwehr Dortmund im Einsatz erwartet. Denn: Ob ein Verletzter auf dem Garagendach oder ein Paraglider, der im Baum festhängt – immer wenn die Feuerwehr mit ihren Geräten und Fahrzeugen nicht weiter kommt, kommt die Höhenrettung zum Einsatz.



Das Interview mit Dustin Kieslich finden Sie auf der f4p-Website.

Screenshot: BS/f4p

BOS

HYBRID-EVENT

Beschaffertage 2024

17.–18. September in Fulda und virtuell



WEB-KONFERENZ

DIGITALER KATASTROPHENSCHUTZKONGRESS 2024

10.–11. September

Lernen in und aus der Dauerlage

AUS UNSEREM PROGRAMM

10. September, 14:05 Uhr

DEBATTE:

Katastrophendemenz in der deutschen Politik?

u.a. mit:

- » **Albrecht Broemme**, THW-Präsident a. D.
- » **Prof. Dr.-Ing. Frank Fiedrich**, Fachgebietsleiter, Fachgebiet Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit, Universität Wuppertal
- » **Leon Eckert**, Mitglied des Deutschen Bundestages
- » **Cornelia Weigand**, Landrätin, Kreis Ahrweiler

www.katastrophenschutzkongress.de**Behörden Spiegel**

Impressum

Herausgeberin und Chefredakteurin von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“: Dr. Eva-Charlotte Proll.

Redaktionelle Leitung: Bennet Biskup-Klawon. Redaktion: Jonas Brandstetter, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Ann Kathrin Herweg, Scarlett Lüscher, Lars Mahnke, Sven Rudolf, Paul Schubert, Anna Ströbele, Marlies Voßebrecker, Anne Mareile Walter. Online-Redaktion: Tanja Klement. Redaktionsassistentin: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin); Produktionsassistentin: Wiebke Werner.

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerden-spiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführer: Dr. Fabian Rusch. Herausgeber- und Programmbeirat: Uwe Proll (Vorsitz). Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von „Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.“ Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten („Links“), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.